

ARGUMENTATIONSHILFE

LINKE
Familienpolitik

DIE LINKE.

THEMA

LINKE FAMILIENPOLITIK

Die derzeitige Familienpolitik in Deutschland wird den vielfältigen Problemlagen von Familien nicht gerecht. Eine Orientierung am tradierten Familienbild spiegelt nicht die gesellschaftliche Vielfalt der Familienmodelle wider. Der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten hinkt den Erfordernissen hinterher. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann durch freiwillige Verpflichtungen der Arbeitgeber nicht gewährleistet werden. Niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit sowie unzureichende soziale Sicherungssysteme haben immer noch vielfach Familien-, Kinder- und Jugendarmut zur Folge. Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kindern und Familien mit Migrationshintergrund haben ein besonders hohes Armutsrisiko. Armut hat Auswirkung auf die Bildungs- und Entwicklungschancen, auf die Gesundheit und die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen. Familien brauchen gesellschaftliche Unterstützung und soziale Sicherheit.

Die Familienpolitik der Bundesregierung orientiert sich jedoch sehr stark am tradierten Bild eines heterosexuellen Ehepaares, bei dem ein Elternteil den größten Teil des Lebensunterhalts erwirtschaftet. Steuerlich wird dieses Familienmodell durch das Ehegattensplitting bevorzugt. Dadurch wird eine ungleiche Aufteilung von Sorge- bzw. Pflege- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern begünstigt und ein antiquiertes Familienbild zementiert.

Was sagen die anderen?

Die **SPD** will mehr »Familienzeit« schaffen und verspricht eine Kindergrundsicherung. **Die Grünen** wollen ebenfalls Kindergrundsicherung und Elterngeld auf 24 Monate ausweiten. Bei der **FDP** fallen die Mittel für familienpolitische Maßnahmen karg aus, am Splittingverfahren halten die Liberalen fest. So auch die **CDU/CSU**, die sonst nur marginal Familien steuerlich entlasten möchte. Die **AfD** verfolgt intensiv eine reaktionäre Familienpolitik (u.a. Einverdienermodell).

LINKE Gegenargumente

Ziel LINKER Familienpolitik ist, umfassend allen Menschen ein gutes und planbares Leben zu ermöglichen – deswegen wollen wir den gesetzlichen Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen. Darüber hinaus fordern wir eine gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung und flexible Öffnungszeiten in Betreuungseinrichtungen. Wir wollen das einkommensunabhängige Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro monatlich erhöhen und den Mindestbetrag beim Elterngeld auf 400 Euro und beim Elterngeld Plus auf 200 Euro angehoben. Schließlich braucht es ein geschlechtergerechtes Steuermodell statt Ehegattensplitting: Das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein.